

Mit „Modernisierung“ zu qualitativ neuen Waffen

Was bezweckt die NATO mit ihren Modernisierungsplänen? Welche Gefahr geht von ihnen aus?

Sabine Oehler

Mitglied der Parteileitung der Konsumgenossenschaft Greiz

Dank der zielstrebigsten Friedensoffensiven der Staaten des Warschauer Vertrages und nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Friedensbewegung konnte mit dem Vertrag über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenraketen sowohl längerer als auch kürzerer Reichweite eine doppelte Null-Lösung erreicht, konnte der Einstieg in die nukleare Abrüstung vollzogen werden. Die Beseitigung der in diesem Vertrag genannten Raketen hat begonnen.

Seit kurzem liegt auch das Angebot auf dem Tisch, in naher Zukunft gesonderte Verhandlungen über taktische Kernwaffen, einschließlich der nuklearen Komponente der doppelt verwendbaren Mittel, aufzunehmen. Die Staaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß mit der Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenraketen, der etappenweisen Verringerung und letztlich der Beseitigung der taktischen Kernwaffen die Kriegsgefahr gesenkt, das Vertrauen zwischen den Völkern und Staaten gefestigt und die Lage in Europa stabilisiert würde.

Diesen vernünftigen, den Interessen der Völker dienenden Vorschlägen, ist die NATO nicht gewillt zu folgen. So lehnt USA-Verteidigungsminister Cheney Verhandlungen über den Verzicht auf Kurzstreckenwaffen kategorisch ab.

NATO-Generalsekretär Wörner sprach sich nach einer Zusammenkunft mit USA-Präsident

Bush und anderen führenden amerikanischen Politikern gegen gesonderte Verhandlungen über taktische Kernwaffen in Europa und gegen eine dritte Null-Lösung aus.

Was die Bonner Regierung betrifft, so entspricht es der Doppelzüngigkeit ihrer Politik, wenn sie verbal verkündet, sie trete für immer weniger Waffen ein, zugleich ihr führender Repräsentant aber auf die Beibehaltung der nuklearen Abschreckung und eines Kernwaffenpotentials der NATO in Europa beharrt sowie jede weitere Null-Lösung zurückweist.

Um „abschrecken“ zu können, rüstet die NATO weiter, entwickelt neue, qualitativ bessere Waffen und Rüstungen. Und weil der Begriff „Nachrüstung“ politisch anrüchig und brisant ist, bedient sie sich des Etiketts „Modernisierung“ für eine neue Runde nuklearer Rüstung.

Einige Beispiele für in Gang gesetzte „Modernisierungen“:

So haben die USA die Produktion einer völlig neuen Boden-Boden-Rakete aufgenommen. Rund 200 dieser angeblich modernisierten nuklearen Raketensysteme mit einer Reichweite von fast 500 km sollen in den 90er Jahren die 88 amerikanischen „Lance“-Raketen (Reichweite bisher 115 km) ablösen.

Außerdem sollen neue nuklearfähige Jagdbomber (Reichweite 1 900 km) und seegestützte Marschflugkörper (Reichweite 2 500 km) in Dienst gestellt wer-

den. Damit will die NATO ihre Angriffsstrategie in Europa weiter atomar untermauern.

Die BRD-Regierung läßt unter der Bezeichnung KOLAS eine eigene Rakete entwickeln, die eine Reichweite von knapp 500 km haben und sowohl nuklear als auch konventionell einsetzbar sein soll. Bekannt wurde auch, daß die Bonner Regierung eine als „modulare Abstandswaffe“ benannte Luft-Boden-Rakete mit einer Reichweite bis zu 170 km entwickeln läßt. Es bedarf keiner besonderen militärischen Ausbildung, um zu verstehen, daß diese neuen Waffensysteme für Schläge der NATO gegen das Hinterland der Staaten des Warschauer Vertrages ausgelegt sind.

Erst im Februar dieses Jahres simulierte die NATO bei ihrer Stabsrahmenübung „Wintex-Cimex 89“ mehrere Atomschläge, bei denen es sich sowohl um den Ersteinsatz von Kernwaffen als auch um Folgeschläge gegen die Territorien der DDR, der CSSR und der UdSSR handelte.

Es besteht kein Zweifel daran, daß diese „Modernisierung“ die militärstrategische Lage in Europa destabilisieren würde. Denn diese Waffen sind nach ihren Parametern (gesteigerte Reichweite, höhere Zielgenauigkeit, große Durchdringungsfähigkeit und gesteigerte Zerstörungswirkung) nukleare Erstschlagwaffen.

Das vom Warschauer Vertrag unterbreitete Angebot zu Verhandlungen über die Beseitigung der taktischen Kernwaffen zeigt den Weg in die richtige Richtung. Es unterstreicht das Bestreben der sozialistischen Staaten, im Abrüstungsprozeß keine Pause zuzulassen. Der Verhandlungsvorschlag bekräftigt erneut unsere Position: Jetzt erst recht alles für Frieden und Abrüstung zu tun.

Heinrich Nöling
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR